

Links der Havel

Informationen der Partei **Die Linke** in Fürstenberg/Havel - September 2025

Liebe Fürstenbergerinnen und Fürstenberger, Sie halten die achte Ausgabe unserer Links der Havel in den Händen. Damit wollen wir Sie wieder über die Arbeit der Linken in Fürstenberg/Havel und darüber hinaus informieren.

Einen Schwerpunkt bildet dabei wieder die aktuelle Stadtpolitik. Wir hoffen, Ihnen damit einen Einblick in unsere Arbeit für die Stadt geben zu können! Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre!

Noch ein Tipp: Auf unserer Website www.links-der-havel.de finden Sie die bisher erschienenen Ausgaben unserer Zeitung und Artikel zu aktuellen Entwicklungen in der Stadt.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, zögern Sie nicht, mit uns Kontakt aufzunehmen!

Andreas Intress und Andrea Johlige
Ortsvorsitzende

Veränderungen in der SVV

Seit 17. August gibt es eine neue Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung: Die Fraktion heißt Die Linke/EB Kuhlmann/BündnisGrüne und in ihr arbeiten künftig Ina Kuhlmann (Einzelbewerberin), Angelika Ploeger (Bündnis 90/Die Grünen) und Andreas Intress (Die Linke).

Nach der Kommunalwahl hatten sich zunächst sechs Fraktionen gebildet: mit jeweils fünf Stadtverordneten die CDU und die AfD, und mit jeweils zwei Stadtverordneten Die Linke/EB Kuhlmann, Vielfalt und Tierschutz, Pro Fürstenberg/AFO und Mensch und Natur. Nach dem Ausscheiden des langjährigen Stadtverordneten Lothar Kliesch wurde letztere in Fraktion Zukunft mit den beiden Stadtverordneten Angelika Ploeger und Judith Conrad (FDP) umbenannt. Diese Fraktion hat sich zum 15. August aufgelöst. Da es mit Angelika Ploeger viele inhaltliche Übereinstimmungen in der Stadtpolitik gibt und auch in der Vergangenheit schon viele gemeinsame Initiativen mit ihr verabredet werden konnten, wurde nun eine intensivere Zusammenarbeit in der neuen Fraktion verabredet. Judith Conrad bleibt wohl fraktionslos.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und hoffen, dass wir in dieser neuen Fraktion die Anliegen der Fürstenbergerinnen und Fürstenberger in der Stadtpolitik noch wirksamer vertreten können.

Ehrung für Wolfgang Stegemann



Lange hat es gedauert, nun war es endlich soweit: Am 28. Juni fand die feierliche Einweihung einer Gedenktafel für Wolfgang Stegemann im Fürstenberger Stadtpark statt. Wolfgang Stegemann war ein Bürger der Stadt, der in jungen Jahren in die Fänge der Stasi geriet und die Haft aufgrund katastrophaler Bedingungen querschnittsgelähmt wieder verließ. Dennoch war er Jahrzehnte lang als Künstler und vor allem als Heimatforscher unterwegs und hinterließ der Stadt ein dreibändiges Werk über die Geschichte Fürstenbergs.

Im Jahr 2023 hatten wir als Linke einen Antrag mit dem Ziel in die SVV eingebracht, dass die Stadt die Initiative von Frau Dr. Jacobeit zu einer würdigen Ehrung von Wolfgang Stegemann unterstützt und einen Platz im Stadtpark dafür zur Verfügung stellt. Unsere damalige Landtagsabgeordnete Andrea Johlige sprach zudem mit Frau Dr. Nooke, der Beauftragten des Landes zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und machte sie auf den Fall Stegemann aufmerksam. In der Folge sagte Frau Dr. Nooke finanzielle Unterstützung für die Ehrung zu. Trotz einiger Rückschläge hat die Beharrlichkeit der Beteiligten nun zum Erfolg geführt!

Sinnvolle Lösung zum Umgang mit Solarflächenanlagen? - Fehlanzeige!

„Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenberg/Havel beschließt als Willensbekundung, sich gegen die weitere Errichtung von PV-Anlagen im gesamten Stadtgebiet auf unversiegelten Flächen auszusprechen. (...)“ So lautet der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) im Februar, mit den Stimmen von CDU und AFD und gegen die Stimmen aller anderen Stadtverordneten gefasst wurde.

Dieser Beschluss ist purer Populismus und hilft bei der Frage des Umgangs mit Photovoltaik in der Stadt keinen Schritt weiter. Dabei war das ursprüngliche Anliegen gar nicht schlecht: Das Ziel war, fraktionsübergreifend ein Verfahren mit verbindlichen Kriterien für den Umgang mit Investitionen in Solar-Freiflächenanlagen zu finden.

Es gab einen Vorschlag der CDU, der jedoch grundlegende fachliche und rechtliche Rahmenbedingungen nicht berücksichtigte. Es gab eine Überarbeitung unserer Fraktion, woraufhin die CDU auf einmal einen Rückzieher machte und mitteilte, dass sie nur noch einen „Grundsatzbeschluss“ anstrebe. Das ursprüngliche Ziel, fraktionsübergreifend zu einem Verfahren zu kommen, hat sie dabei über Bord geworfen und nun gemeinsam mit der AfD einen Beschluss gefasst, der dem Anliegen nicht gerecht wird und Schaden anrichtet.

Denn so klar, wie der Beschluss erst einmal aussieht, ist er nicht. Im Gegenteil. Es geht gerade nicht nur, wie ursprünglich beabsichtigt, nur um große Freiflächenanlagen sondern um jegliche Solaranlagen auf unversiegelten Flächen, bspw. auch die, bei denen jemand auf seinem Privatgrundstück ein paar Module aufstellen will. Da hat die Stadt zwar gar nicht mitzureden, aber der Beschluss ist nunmal da.

Und diese Formulierung gefährdet auch ein Vorhaben der Stadt selbst. Sie plant im künftigen Gewerbegebiet Lychen 2 auf Teilen des Geländes eine Freiflächen-Solaranlage, aus deren Einnahmen die Erschließung des Gewerbegebiets in den kommenden Jahren Stück für Stück finanziert werden soll.

Nun ist das Thema Solar-Freiflächenanlagen sehr emotional besetzt und Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht wenig Interesse daran, dass ihnen eine solche Anlage vor die Tür gesetzt wird. Das will auch niemand und wenn es solche Vorhaben gab, sind diese in der SVV gestoppt worden. Es kann aber auch Vorhaben geben, die sinnvoll sind, die eher kleinere Flächen betreffen, kaum Sichtbeeinträchtigung durch kluge Nutzung von Geländebeziehungen und Sichtschutz vorsehen, vielleicht sogar Modelle für preiswerten Anwohnerstrom bieten und für lokale Landwirtschafts- oder Tourismusunternehmen ein weiteres Standbein zum Überleben des Betriebs sichern. Auch solche Vorhaben werden jetzt die Stadtverordneten nicht mehr zur Prüfung erreichen – weil die Verwaltung den Vorhabenträgern sofort signalisieren muss, dass solche Vorhaben nicht gewünscht sind. Der Beschluss behindert also die lokale Wirtschaft, aber nicht nur das.

Die finanzielle Situation der Stadt ist angespannt und es muss gespart werden, um wichtige Projekte zu realisieren. Da ist es fahrlässig, durch einen solchen Beschluss grundsätzlich und für lange Zeit auf weitere Einnahmequellen der Stadt zu verzichten. Selbst eine kleinere Freiflächenanlage kann 100.000 Euro in den Haushalt der Stadt spülen – jedes Jahr! Der Beschluss behindert also auch die finanzielle Konsolidierung der Stadt.

Und dann ist da noch ein Problem: Der Klimaschutz. Man kann dazu stehen wie man will. Politisch sind auf Bundesebene die Weichen gestellt, weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien. Eine Kommune ist gut beraten, sich dazu Gedanken zu machen. Doch in Fürstenberg herrscht dazu politisch gewollter Stillstand: Erst vor Kurzem ist die Zusammenarbeit der Stadt mit einer regionalen Energiegenossenschaft, die sich um die Entwicklung von Solar auf kommunalen Dächern kümmern wollte, von CDU und AFD abgelehnt worden. Die Stadtverwaltung wird sich darum aus Personalmangel nicht selbst kümmern können. Mit diesem Beschluss haben wir also nicht mehr nur auf kommunalen Dächern Stillstand, sondern nun auch auf unversiegelten Flächen.

Doch was wäre die Alternative gewesen? Es gab auch noch den Vorschlag der Fraktion Die Linke/EB Kuhlmann. Dieser sah vor, jedes Vorhaben für gewerbliche Freiflächen-PV-Anlagen durch die Verwaltung auf deren Genehmigungsfähigkeit prüfen zu lassen. Da sind die Rahmenbedingungen sehr klar: nur wenige Flächen im Stadtgebiet sind überhaupt genehmigungsfähig, da die Stadt fast vollständig in einem großflächigen Landschaftsschutzgebiet liegt und hier seitens des Landes hohe Anforderungen gestellt werden, bspw. Beschränkungen der Größe, Abstand zu Siedlungen, geschützten Flächen usw. Die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit sowie eine weitere nach von der SVV festgelegten Kriterien sollte zuerst erfolgen. Erst wenn diese Prüfungen positiv verlaufen sind, sollte das Vorhaben der SVV vorgelegt werden, zusammen mit einer Matrix zur Bewertung des Vorhabens mit Kriterien wie Abstand zur Siedlung, Einwohnerbeteiligung, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen für die Stadt usw.

Dieses Vorgehen hätte den Vorteil gehabt, dass in der SVV künftig nur noch Vorhaben beraten werden, die eine Vorab-Prüfung durchlaufen und grundsätzlich geeignet scheinen. Damit wären sinnvolle Vorhaben für PV-Anlagen beraten worden und es hätte klare Kriterien gegeben, mit denen Investoren und Verwaltung gut arbeiten können. Die Stadtverordneten wären in jedem Einzelfall gefragt worden und eine Anwohnerbeteiligung wäre sichergestellt gewesen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt – es wird Sie nicht überraschen – von CDU und AfD.

Und wie nun weiter? Einigen Akteuren ist inzwischen aufgefallen, dass der Beschluss keine gute Idee war. Wir sind im Gespräch und hoffen, fraktionsübergreifend eine bessere Lösung zu finden.

Mensa für die 3-Seen-Grundschule und Horterweiterung in Bredereweiche



Die Planung der neuen Mensa ist im Ratsinformationssystem der Stadt einsehbar.

Es war ein hartes Ringen in der Stadtverordnetenversammlung und angesichts der angespannten Haushaltslage stand alles noch einmal auf der Kippe, doch nun gibt es eine tragfähige Lösung für den Mensabau in Fürstenberg und die Horterweiterung in Bredereweiche.

In der 3-Seen-Grundschule wird die neue Mensa am Ort der alten Turnhalle entstehen. Das war bis zuletzt umstritten, weil Stadtverordnete von CDU und AfD die alte Turnhalle lieber erhalten wollten. Dies ist jedoch abgelehnt worden. Die Befürworter hatten weder eine sinnvolle Nutzungsidee noch konnten sie erklären, woher die erheblichen finanziellen Mittel kommen sollten, die notwendig wären, um die alte Turnhalle wenigstens auf einen akzeptablen Stand zu bringen.

Die neue Mensa wird - wenn die Stadtverordneten Ende September den finalen Beschluss fassen - nach aktueller Kostenschätzung ca. 2,5 Millionen

Euro kosten, Platz für 100 Kinder haben und eine Verteilerküche mit Technik zur Regeneration sowie eine Küche, in der die Kinder selbst kochen können, beherbergen. Es gab auch Wünsche aus den Reihen der Stadtverordneten es zu ermöglichen, das gesamte Essen vor Ort zu kochen. Weder logistisch noch finanziell wäre dies jedoch aktuell für die Stadt zu stemmen, so dass als Kompromiss verabredet wurde, dass bauliche Vorbereitungen für eine mögliche spätere Erweiterung zur Vollküche in der Planung berücksichtigt werden sollen.

Auch die geplante Horterweiterung war nicht unumstritten, wurde aber schlussendlich in der Sitzung der Stadtverordneten im Juli final auf den Weg gebracht. Hier waren sich zwar fast alle Stadtverordneten einig, dass diese Erweiterung sinnvoll und notwendig ist. Jedoch hat der Ortsbeirat Bredereweiche immer wieder gegen die Planung der Verwaltung argumentiert. Der Ortsbeirat wollte einen kompletten Neubau neben dem bisherigen Gebäude, der jedoch weder finanziell noch planungsrechtlich möglich gewesen wäre. Wenn man die Hortsituation für die Kinder schnell verbessern will, helfen aber keine teuren Traumschlösser, sondern müssen die vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden. Und diese gab es einmalig durch das Ganztagsförderprogramm von Land und Bund, aus dem sowohl der Mensabau in Fürstenberg als auch die Horterweiterung in Bredereweiche finanziert werden. Mit den nun vorgesehenen 1,4 Millionen Euro wird deutlich mehr Platz geschaffen und die Sanitärsituation maßgeblich verbessert. Unser Stadtverordneter Andreas Inness hat sich für beide Projekte intensiv eingesetzt und wir sind froh, dass nun nach langer Diskussion tragfähige Lösungen gefunden wurden.

Brandenburger Straße 25-27

Die eine oder der andere wird sich erinnern: Im vergangenen Jahr wurden die Häuser in der Brandenburger Straße 25-27 zwangsversteigert. Wir hatten in der Stadtverordnetenversammlung beantragt, wenigstens zu prüfen, ob die Stadt mit den Gläubigern in Verhandlungen gehen oder bei der Versteigerung mitbieten kann, um die 16 Wohneinheiten zu erwerben. Damit hätten die Mieterinnen und Mieter zu den bisherigen Mieten dort weiter leben können und die Stadt hätte dauerhaft bezahlbaren, zentrumsnahen Wohnraum gesichert.

Die Stadtverordneten von CDU und AfD haben das verhindert und gegen unseren Antrag gestimmt. Damit haben sie zu verantworten, dass die Stadt nicht einmal versucht hat, diese Immobilie zu erwerben. Und damit haben sie auch zu verantworten was danach geschah: Das Objekt wurde von einer Immobilienfirma aus Frankfurt am Main für weniger als 400.000 Euro gekauft, ein Teil der Mieter wurde gekündigt, anderen die Miete erhöht, die Mietergärten dürfen nicht mehr genutzt werden, der Seezugang



wurde eingeschränkt und ein Teil der Wohnungen wird in Eigentumswohnungen umgewandelt. Der neue Eigentümer macht also genau das, wovon wir gewarnt hatten und was man von profitorientierten Immobilienunternehmen erwartet: Er holt so viel Profit wie möglich aus den Häusern - auf Kosten der Mieter. Das hätte verhindert werden können!

Haushaltsnotlage in Fürstenberg?

Der Frühsommer in Fürstenberg war geprägt von schlechten Nachrichten über die Haushaltslage der Stadt. Viele haben sich verwundert die Augen gerieben, als sie einen Artikel in der MOZ lasen, wo der Kämmerer der Stadt eine „Sparliste“ erläuterte, die drastische Maßnahmen vorsah. So war dort die Rede von Stellenabbau in der Stadtverwaltung und in den KiTas, Streichung der Vereinsförderung und des Zuschusses für die Touristinformation und drastischen Kürzungen bei allen freiwilligen Aufgaben.

Ob es klug war, einen solchen Artikel in der Presse zu platzieren, noch bevor die Stadtverordneten über die Haushaltslage der Stadt beraten konnten, sei dahingestellt. Klar ist: die finanzielle Lage der Stadt ist nicht die Beste, aber so dramatisch, wie in dem Artikel dargestellt, ist sie nun auch wieder nicht.

Dass inzwischen eine Lösung zumindest für die drängendsten Probleme gefunden ist, konnten aufmerksame Leser dann im August der MOZ entnehmen. Allerdings haben wir uns über die Überschrift des Artikels geärgert, die behauptete, die Stadt würde auf Kosten der Kinder sparen. Denn das Gegenteil ist der Fall! Um die finanziellen Mittel für den Mensabau an der 3-Seen-Grundschule und die Horterweiterung in Bredereiche aufzubringen, wird an anderen Stellen gespart. Wir sparen also nicht auf Kosten der Kinder, sondern für die Kinder!

Aber wie kam es denn nun eigentlich zu der Situation, dass mitten im Jahr auf einmal eine Sparliste auf den Tisch kommt? Der Grund dafür liegt in der ursprünglich geplanten Kreditaufnahme im Jahr 2026 für die genannten Schulprojekte. Wenn Kommunen

Kredite aufnehmen wollen, muss dies die Kommunalaufsicht genehmigen. Um eine solche Genehmigung zu erhalten, muss die Stadt in ihrer Finanzplanung nachweisen, dass sie aus den laufenden Einnahmen und Ausgaben ohne Rückgriff auf die Rücklage den Kredit bedienen kann. Um dies nachzuweisen, wären tatsächlich harte Sparmaßnahmen im vom Kämmerer dargestellten Umfang notwendig gewesen.

Es gibt aber auch einen anderen Weg: die geplanten Projekte aus eigener Kraft zu stemmen. Und diesen geht die Stadt nun. Das bedeutet zwar auch, dass gespart werden muss. Allerdings können hierfür alle verfügbaren Mittel - auch die Rücklage und Haushaltsreste aus anderen Positionen verwendet werden. Allein in diesem Jahr werden - auch wegen der zwischenzeitlich erlassenen Haushaltssperre - nicht alle geplanten Maßnahmen realisiert und auch aus dem vergangenen Jahr sind Haushaltsreste übrig, die für die Maßnahmen verwendet werden können. Darüber hinaus wird es bei laufenden Unterhaltungsmaßnahmen Verschiebungen geben und auch Einnahmeerhöhungen bspw. über die Zweitwohnsitzsteuer wird es geben müssen. Die genaue Ausgestaltung wird im Herbst mit einem Nachtragshaushalt für das laufende Jahr beschlossen.

Es wird also gespart werden. Aber gerade nicht auf Kosten der Kinder, sondern für gute Bedingungen in Schule und Hort. Die geplanten Projekte werden nun tatsächlich kleiner als ursprünglich gewünscht - aber sie können realisiert werden und die Stadt behält ihre finanzielle Handlungsfähigkeit, ohne Entlassungen und Einschnitte bei freiwilligen Leistungen.

Neues aus dem Ortsverband

Bundesweit hat Die Linke viele neue Mitglieder gewonnen. Das ist auch in Fürstenberg so! Wir freuen uns sehr, sieben neue Mitglieder zwischen 14 und 60 Jahren im Ortsverband begrüßen zu dürfen!

Anfang des Jahres haben wir zudem unsere Ortsvorsitzenden neu gewählt. Unser langjähriger Vorsitzender Andreas Intress wird künftig durch seine neue Co-Vorsitzende Andrea Johlige unterstützt.

Und noch etwas Neues aus dem Ortsverband ist zu vermelden: Seit Juni 2025 haben wir ein neues Veranstaltungsformat - Trinken mit den Linken. Im Sommer monatlich und im Winter ca. zweimonatlich treffen wir uns in der Weinbar in der Pfarrstraße. Wer Lust hat, mit uns einen netten Abend mit gutem Wein oder Cocktails und lockeren Gesprächen über Stadtpolitik oder die aktuelle Weltlage zu verbringen, kann gern vorbeikommen! Und auch wer ein-



fach nur mal gucken will, wie die Linken in Fürstenberg so drauf sind, ist herzlich willkommen!

Die nächsten Termine sind: 10. Oktober und 12. Dezember, jeweils um 19 Uhr in der Weinbar.

Kontakt

So erreichen Sie uns:

E-Mail: aintress-linke@intress-net.de

Web: www.dielinke-fuerstenberg.de

Impressum

V.i.S.d.P.: Andreas Intress, Brandenburger Str. 49, 16798 Fürstenberg

Mail: aintress-linke@intress-net.de

Satz und Gestaltung: Andrea Johlige

Auflage: 3 000 Stück